Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatl. M. 5000 und Bestellgebühren; Ausland M. 15000 mit Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höhere Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftleitung, Geschäftsstelle, Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 17000—17099); ebda und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 225, ausw. Inserent. M. 400. Sonderpreise: Familienanz. u. Priv. mm-Zeile M. 75, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. mm-Zeile M. 100, Stellengesuche mm-Zeile M. 85, amtl. Bekanntm. Doppelmmzeile M. 450, Landw. M. 800, Reklame 72mmbr. mm-Zeile M. 1100, Ausw. M. 1700. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederh. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindl. Erfüll.-Ortleipzig. Postscheckk. Leipz. 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 138 | Einzelnummer 350 Mark | Mittwoch, den 13. Juni 1923 | Fern-Ausgabe | 117. Jahrg.

Im dunkelsten Europa

L. G. Leipzig, 12. Juni.

In der deutschen Stadt werden zwei französische „Adjutanten" getötet. Es besteht noch nicht die geringste Gewißheit darüber, von wem die Kugeln auf die „Hunde des Hauptmanns" abgefeuert wurden, wie die Unteroffiziere dieses Ranges, herkömmliche Zielscheibe des Mißvergnügens der Truppe, im Soldatenmund heißen. Der Besatzungskommandant jedoch glaubt keinerlei Aufklärung abwarten zu müssen. Der Kaltblütigkeit, dieser wichtigsten Eigenschaft des Soldaten, offenbar völlig entbehrend und somit ein ebenso unfähiger wie unmenschlicher Offizier, läßt er wild in der Stadt umherschießen und die so erjagte „Strecke", als handle es sich um gegenseitige Blutrache von Buschmännern, an der Stelle aufreihen, wo die beiden Unteroffiziere — vielleicht von eigenen Leuten ermordet wurden. Es ist ein Vorgang, der als jedem Deutungsversuch widerstrebende Ausgeburt des Irrsinns bezeichnet werden müßte, wenn er nicht durchaus charakteristisch wäre für die naturgemäße Aufeinanderfolge von Rechtswidrigkeiten, die durch eine erste Rechtswidrigkeit, den französischen Einbruch in das Ruhrgebiet, ausgelöst wurde. Es ist nichts anderes als die zwangsläufige Verkettung von Ursache und Wirkung, wenn an der vormaligen Stätte unermüdlich vorwärtsstrebender Arbeit durch den französischen Rechtsbruch ein dunkelstes Europa geschaffen wurde, von dem es sich wie Pesthauch der Barbarei über den Kontinent verbreitet.

Wir wollen die Stimmen der Vernunft und Menschlichkeit, die sich bisweilen aus Frankreich vernehmen lassen, nicht überhören. Als Anzeichen dafür, daß die Gesinnung der französischen Nation doch nicht restlos in Poincaré und Foch aufgeht, sind solche Kundgebungen, wie der in unserer gestrigen Nummer skizzierte Aufsatz von Jacques Rivière, immerhin zu vermerken. Doch kann man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Franzosen, die das Prestige ihrer Heimat als des Geburtslandes der „Menschenrechte" gewahrt wissen wollen, heute allzu dünn gesät sind, als daß sie irgend erheblichen Einfluß auszuüben vermöchten. Vielmehr wird der Ton der französischen Politik ganz und gar von denen angegeben, die jenes Prestige gering achten und nicht einmal davor zurückschrecken, Frankreich zum odium generis humani werden zu lassen, sofern nur ihrer Machtgier und Profitsucht ein Genüge geschieht. Wenn es demnach für den Augenblick müßig scheint, nach Möglichkeiten gutwilliger Verständigung mit Frankreich Ausschau zu halten, so wenden sich unsere Blicke um so mehr nach England hinüber, das neuerdings nicht nur gewillt, sondern, was in den politischen Dingen wichtiger ist, auch in der Lage scheint, den Angelegenheiten des Kontinents wieder die ihnen allzulange entzogene Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es ist sicher, daß die Passivität, in der die englische Politik nach dem Friedensschluß gegenüber der Entwicklung der Dinge auf der andern Seite des Kanals verharrte, nicht wenig dazu beigetragen hat, den ungeheuerlichen Zustand herbeizuführen, für den die abscheulichen Ereignisse von Dortmund symptomatisch sind. Denn die Gestalt, in der die französische Vorherrschaft in Europa auftritt, ist nichts anderes als eine Erscheinungsform jener weltpolitischen Anarchie, zu deren Bekämpfung — durch das Gegenmittel des „europäischen Gleichgewichts" und auf manche andere Weisen — sich die englische Politik der Gegenwart immer berufen fühlte. Die vielfältigen, zum Teil ohne Zweifel in sachlichen Gründen, zum Teil aber auch in persönlichen Unzulänglichkeiten begründeten Hindernisse, die der Erfüllung dieser traditionellen Aufgabe Englands im Wege standen, sind bekannt. Auch ist es gewiß kein Zufall, wenn mit dem Wandel im regierenden Personal und der fast gleichzeitigen Beseitigung oder wenigstens erheblichen Abschwächung mehr als einer aus der Zahl der eigensten Sorgen der englischen Politik schon auch die britischen Staatsmänner wieder jene ordnende, der immer von neuem auftauchenden Gefahr der Anarchie in den Beziehungen der Völker entgegengesetzte Mission ihres Vaterlandes im Munde führen.

Es ist völlig klar, daß ein so großes Reich, wie das britische Imperium es ist, sich von einem im Verhältnis so kleinen Mutterlande aus unmöglich durch bloße Gewalt zusammenhalten läßt. Daher das englische Interesse an einer gewissen internationalen Rechtsordnung, deren Verletzung, wie die Geschichte lehrt, stets mit der englischen Gegnerschaft zu rechnen hatte. Es führt, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, eine gerade Linie, von dem hartnäckigen und endlich siegreichen Kampf gegen die napoleonische Gewaltherrschaft bis zu der kritischen Parteinahme gegen die Verletzung der belgischen Neutralität. Es kann nicht sein, daß diese Linie, die aus den tiefsten Gründen des englischen Reichsorganismus selber entspringt, mit dem Weltkrieg abgebrochen sei. Sie muß beibehalten werden, solange Großbritannien sich nicht selber aufzugeben gewillt ist. Sie ist ein sicheres Element der Diplomatie, an das der deutsche Staatsmann anknüpfen muß, wenn es sich für ihn darum handelt, aus vaterländischer Sorge zu tun, was der englische aus weltpolitischer Tradition heraus anstreben muß: die Welt von dem Krebsschaden des von den Franzosen geschaffenen dunkelsten Europa zu helfen, Ausbreitungsherd der mit dem Bestand des britischen Reiches unvereinbaren Anarchie im internationalen Leben.

Wilde Schießereien in Recklinghausen

Dortmund, 12. Juni. (Eig. Tel.) Nach den Feststellungen der amtlichen Stellen sind in Dortmund im ganzen sechs Deutsche im Laufe des Sonntags und der darauffolgenden Nacht erschossen worden. Gestern wurde ein ehemaliger Schutzpolizist, der sich zu kurzem Aufenthalt bei seinen Verwandten aufhielt, von den Franzosen aufgespürt. Er wurde aus der Wohnung geholt und nach zuverlässigen Meldungen gegen 9 Uhr abends ohne Verfahren erschossen.

In Recklinghausen herrscht seit gestern der blutigste Terror seitens der Franzosen. Die Stadtverwaltung hatte beim französischen Kommando die dringende Bitte gestellt, die angeordnete Verkehrssperre in der ersten Nacht nicht allzu streng durchzuführen, da die Zeit der Bekanntgabe dieser Verordnung viel zu gering sei, um eine allgemeine Bekanntgabe zu ermöglichen. Alle Vorstellungen blieben erfolglos. Die Wachen schossen auf jeden Straßenpassanten, der sich nach 9 Uhr auf der Straße zeigte. Auf einen jungen Mann aus Dortmund, der in Geschäften nach Recklinghausen gekommen war, wurde gegen 11 Uhr ohne Anruf geschossen. Er wurde mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhause gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Es wurde nicht nur die Schießerei gegen die Personen auf den Straßen betrieben, sondern man schoß auch auf Personen, die sich auf Balkonen zeigten. Ebenso wurde in die Zimmer geschossen, die nach der Straße zu lagen und deren Fenster erleuchtet waren.

Außer den bereits gemeldeten Personen ist in Dortmund noch Stadtrat Kroemer verhaftet worden. Die Zwangsrequisitionen bei den Dortmunder Banken haben nach vorläufiger Feststellung nur 40 Millionen Mark als Gesamtsumme den Franzosen eingebracht; ungerechnet sind dabei allerdings die aus der Reichsbank geholten Gelder, deren Höhe noch unbekannt ist.

Zwei Frauen als Augenzeugen des Franzosenmordes verhaftet

Essen, 12. Juni. (Eig. Tel.) Die Mordtat vom Sonntag nacht ist bisher noch nicht aufgeklärt. Wie verlautet, sollen von den Franzosen zwei Damen verhaftet worden sein, die in die Angelegenheit verwickelt sind. Die beiden Erschossenen waren nicht in Dortmund stationiert, sondern hatten den Sonntagabend in Dortmunder Vergnügungslokalen zugebracht. Dem Mord ging ein Streit zwischen Zivilisten und den beiden Franzosen voraus, an dem die verhafteten Damen teilgenommen haben sollen. Von einem nationalistischen Anschlag kann unter den ganzen Umständen, unter denen die Tat erfolgt ist, keine Rede sein. Um so unverständlicher ist das rigorose Vorgehen des Dortmunder kommandierenden Generals gegen die unschuldige Bevölkerung. Der Belagerungszustand über Dortmund wird in der schärfsten Form durchgeführt. Auch gestern abend kurz nach 9 Uhr wurde von den französischen Soldaten wieder geschossen.

Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof haben die Franzosen bisher noch keinen Eingriff vorgenommen. Der Verkehr wickelt sich bisher noch in der alten Form ab. Die Reisenden, die abends nach 9 Uhr in Dortmund eintreffen, müssen die Nacht auf dem Hauptbahnhof verbringen. Auch über Wanne ist seit gestern abend der Belagerungszustand unter den gleichen Bedingungen wie über Dortmund verhängt worden. Ab 9 Uhr ruht der gesamte Verkehr, auch der der Straßenbahnen.

Nach einer Reutermeldung aus New York beschädigte ein amerikanisches Wachschiff, das auf Alkohol-Schmuggler Jagd machte, ein französisches undein englisches Schiff durch Schüsse.

Baldwin gegen Poincaré

Keine gemeinsame Note über die Aufgabe des passiven Widerstandes

Paris, 12. Juni. Havas berichtet über das Ergebnis des englischen Kabinettsrates, der gestern nachmittag stattfand und einige Stunden gedauert hat. Der Standpunkt des englischen Kabinetts könne wie folgt gekennzeichnet werden:

Die britische Regierung glaube, daß es nicht möglich sei, als Bedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen, da sonst die große Gefahr einer kommunistischen Reaktion entstehen könne. Die englische Regierung habe zum Ausdruck gebracht, daß es ihr sehr erwünscht sei, jeden Bruch zu vermeiden, aber sie erkläre, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden können, erkenne jedoch an, daß die im Memorandum enthaltenen Zahlen nicht annehmbar seien, weil sie unter dem blieben, was Bonar Law im Januar vorgeschlagen habe. Das englische Kabinett schlage deshalb vor, den deutschen Plan abzuändern und Deutschland dahin zu bringen, die Zahlen des Planes Bonar Laws anzunehmen. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß das Deutsche Reich einem solchen Vorschlag zustimmen würde. Wenn die französische Regierung der Ansicht sei, daß ihr Standpunkt aufrechterhalten werden müsse, so schlage die britische Regierung vor, eine Konferenz alliierter Sachverständiger zusammenzurufen, die die Mission haben sollen, eine Untersuchung über die allgemeine Lage Deutschlands vorzunehmen und die Zahlen zu bestimmen, auf die man die Reparationszahlungen Deutschlands aufbauen könne, und dann auch das umfassende Problem der europäischen Lage zu studieren. Falls sich die Sachverständigen nicht einigen, würde die britische Regierung es unternehmen, selbst Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu erheben, damit diese dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.

*

Ueber den Verlauf der englischen Kabinettssitzung ist in London keine amtliche oder halbamtliche Mitteilung ausgegeben worden. Mehrere Zeitungen, darunter so verschiedenartige wie die Times, die Daily Chronicle und die Daily Mail, glauben, daß in den vom Kabinett beschlossenen späteren Verhandlungen mit den Alliierten bald eine Einigung über die Vorbedingungen für eine interalliierte Reparationskonferenz erzielt werden kann. Dagegen bereiten die Westminster Gazette und die Daily News die Oeffentlichkeit auf langwierige Verhandlungen vor, da es nach Ansicht dieser Blätter nicht so leicht möglich sein wird, ein Kompromiß zwischen England und Frankreich zu erzielen.

Nach Angabe des Daily Telegraph sollen sich bei der gestrigen Aussprache zwischen dem französischen Botschafter und Lord Curzon Meinungsverschiedenheiten über die technische Grundlage einer etwaigen interalliierten Reparationsbesprechung ergeben haben. Das Blatt folgert daraus eine pessimistische Auffassung bezüglich des baldigen Zustandekommens einer interalliierten Reparationsaussprache. Man wird aber gut daran tun, diesen Pessimismus nicht allzu tragisch zu nehmen. Er ist zweifellos zum Teil darauf berechnet, in Paris und Brüssel den Eindruck zu erwecken, daß die alliierte Einheitsfront, die zurzeit von Frankreich und Belgien dringender gewünscht wird als von England, nur dann zustande gebracht werden kann, wenn Belgien und Frankreich England die Vermittlerrolle in Berlin leichter machen als es bisher geschehen ist.

Der Eindruck in Paris

Paris, 12. Juni. (Eig. Tel.) Im Ministerium des Aeußern wurde den Pressevertretern gestern abend in vorgerückter Stunde erklärt, eine Meldung über die Beschlüsse des englischen Ministerrats sei nicht mehr zu erwarten. Die Londoner Havasmeldung über die Ablehnung des französischen Vorschlages für eine gemeinsame Antwort mit Regelung der Widerstandsfrage ist den Redaktionen erst nach 11 Uhr zugestellt worden. Die Regierung will offenbar eine Pressekampagne gegen England verhindern.

Ueber den Eindruck der Nachricht in englischen und französischen amtlichen Kreisen liegt noch keine authentische Mitteilung vor. Man darf jedoch annehmen, daß der Londoner Beschluß für die Pariser Regierung keine Ueberraschung war, da in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen worden war, daß auf eine rasche Einigung zwischen Paris und London nicht zu rechnen ist. Man darf also annehmen, daß der Beschluß des englischen Kabinetts die Fortsetzung des Meinungsaustausches nicht ausschließt. Der Petit Parisien hebt bereits hervor, daß man in London eine Kompromißlösung für möglich halte. Im übrigen wird der Londoner Beschluß einstweilen nur von wenigen Blättern kommentiert. In den meisten Auslassungen wird Lord D'Abernoon für den Beschluß verantwortlich gemacht. Ein heftiger Ton gegen England wird jetzt nur von dem nationalistischen Eclair angeschlagen, der das Ende der französisch-englischen Entente gekommen glaubt. Das Blatt veröffentlicht den Bericht seines Berliner Korrespondenten unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Deutschland war im Begriff zu kapitulieren, aber Lord D'Abernoon machte . . ."

Beachtung verdient weiter der Artikel der Action Française, in dem der belgische Minister des Aeußern Jaspar für den Londoner Beschluß verantwortlich gemacht wird. Es heißt darin, Jaspar habe Verwirrung geschaffen, weil er in Rom und London die belgischen Denkschriften als Grundlage für eine gemeinsame Antwort an Deutschland vorgeschlagen habe. Dieser belgische Vorschlag habe zu einer sehr freimütigen Auseinandersetzung zwischen Paris und Brüssel Anlaß gegeben, weil Belgien die französische Regierung von seinem Schritt nicht vorher unterrichtet hatte.

Die Eisenbahner für den Abwehrkampf

Köln, 12. Juni. Die in Köln tagende Konferenz der Funktionäre der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner aus dem besetzten Gebiet hat zu den Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte gegen die Eisenbahner folgende Entschließung angenommen: „Die organisierten Beamten, Eisenbahner und Arbeiter haben nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet den Abwehrkampf bewußt und aus eigenem Antriebe aufgenommen gegen die Gewalt für das Recht, für die Freiheit und die Selbständigkeit des deutschen Volkes. An dieser Stellungnahme ändert auch die Aufforderung Frankreichs, den passiven Widerstand aufzugeben, nichts. Trotz der allerschwersten Opfer, die die Eisenbahner zu bringen haben, sind sie sich bewußt, daß zur Erreichung der Ziele Freiheit des deutschen Volkes und Recht der Menschheit der Abwehrkampf weitergeführt werden muß. Die Folgen, die durch die Aufhebung der Abwehr entstehen würden, würden für das deutsche Volk unerträglich sein. Von der Regierung erwarten wir die gleiche Stellungnahme."

Der Kanzler in Süddeutschland

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Eig. Tel.) Reichskanzler Dr. Cuno hat heute morgen Karlsruhe verlassen, um mit der hessischen Regierung in Ingenheim zu einer Besprechung zusammen zu kommen. Diese Besprechung fand am Vormittag statt und erstreckte sich in der Hauptsache auf die Lage in den besetzten hessischen Gebietsteilen. Der Reichskanzler hatte hierbei Gelegenheit, sich über die Stimmung der Bevölkerung im hessischen besetzten Gebiet zu unterrichten. Auch hier ist die Arbeiterschaft und sind die Beamten nach wie vor gewillt, den passiven Widerstand solange aufrecht zu erhalten, bis wieder rechtmäßige Zustände eingetreten sind. So ist die Reise des Reichskanzler in der Hauptsache dazu bestimmt gewesen, festzustellen, daß die Weiterführung der passiven Resistenz dem Willen nicht der Berliner Regierung, sondern der Bevölkerung im besetzten Gebiete selbst entspricht.

Protest der Stadt Dortmund

Dortmund, 12. Juni. (WTB.) Die Besatzungsbehörde in Dortmund hat dem Magistrat der Stadt mitgeteilt, daß die Straßensperre so lange bestehen bleiben soll, bis die Personen ermittelt sind, die die beiden französischen Unteroffiziere erschossen haben. Gestern nachmittag fand eine Sondersitzung der Stadtverordneten statt; es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Wir erheben feierlich dagegen Einspruch, daß die Verantwortung für die Ermordung der beiden französischen Feldwebel, die noch immer unaufgeklärt ist, der Stadtverwaltung auferlegt wird. Besonders entschiedenen Einspruch erheben wir gegen die Verhaftung der beiden Stadträte. Tief erschüttert aber stehen wir an der Bahre der sechs unschuldigen Todesopfer. Gegen das unmenschliche Vergelten gegenüber wehrlosen Bürgern unserer Stadt erheben wir schärfsten Einspruch. Wir erwarten, daß das Gewissen der Welt mit uns übereinstimmt in der Verurteilung dieser Tat."

Die Entschließung wurde dem französischen Ortskommandanten zugesandt. Die Franzosen haben gestern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.